

Probleme durch salzhaltiges Abwasser

Werra und Weser: Das Unternehmen Kali + Salz leitet verrecktes Wasser in die Flüsse. Die Beteiligten stecken mit ihren Verhandlungen in einer Sackgasse. Abgeordnete der SPD informieren sich beim Umweltbeauftragten

■ **Porta Westfalica** (nw). Der Umweltbeauftragte der Stadt Porta Westfalica, Albrecht von Lochow, hatte die heimischen SPD-Abgeordneten und Walter Hölzel, Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA) ins Rathaus der Stadt eingeladen.

Bürgermeister Bernd Hedtmann dankte den Abgeordneten Stefan Schwartze und Achim Post aus dem Bundestag und Angela Lück und Christina Weng aus dem Landtag NRW, dass sie sich für die noch nicht gelöste Thematik der Werra- und Weserversalzung durch die Firma Kali + Salz Zeit nehmen. Hölzel berichtete über den sogenannten „Kasseler Umweltfrieden“, der eigentlich eine Einigung zwischen Kali + Salz und der Klärgemeinschaft der Werra-Weser-Anrainer erzielen sollte. Allerdings besteht innerhalb der Kritiker der Werra- und Weserversalzung und der Klärgemeinschaft kein Konsens zur Zustimmung zum „Kasseler Umweltfrieden“.

Nach Meinung von Hölzel würde sich Kali + Salz zu keinen konkreten Maßnahmen oder Zielen verpflichten, während die Klärgemeinschaft die anhängigen Klagen zurückziehen und künftig auf Kritik an der Entsorgungspolitik des Unternehmens verzichten soll. Ohne Umsetzung der technischen Lösungen zur Vermeidung von salzhaltigen Abwässern in Werra und Weser wür-



Wurden von Walter Hölzel (v.l.) informiert: Albrecht von Lochow, Stefan Schwartze (MdB), Christina Weng (MdB), Bürgermeister Bernd Hedtmann, Achim Post (MdB) und Angela Lück (MdB).

FOTO: SPD

de es keine Zustimmung zu einer vertraglichen Einigung geben.

Dabei gäbe es technische Lösungen für eine erhebliche Reduzierung des Salzabstoßes, bis hin zu einer abstoßfreien Kaliproduktion. Es handle sich immerhin um 3,5 bis 7 Millionen Kubikmeter Abwässer pro Jahr. Die technische und wirtschaftliche Machbarkeit dieser Techniken sei bereits seit 2012 nachgewiesen und wur-

de nicht zuletzt durch das Umweltbundesamt bestätigt.

Wegen des Festhaltens an alter Technik und der Einleitungen musste Ende 2018 der Betrieb aufgrund von Niedrigwasser in Werra und Weser zeitweise stillgelegt werden, weil ansonsten die Grenzwerte in der Werra hätten nicht eingehalten werden können. Das hatte zu erheblichen Verlusten bei Kali + Salz geführt. Stefan Schwartze: „Wir haben

mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden von Kali und Salz gesprochen, genauso mit den Arbeitnehmervertretungen. Einen zukunftsfähigen Lösungsansatz kann ich aber immer noch nicht erkennen.“

Achim Post ergänzt: „Wir haben ein Bündnis von Bundestagsabgeordneten entlang der Weser gebildet. Das nach wie vor anhängige Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland wegen der

Verschlechterung der Wasserqualität in Werra und Weser bedroht nicht nur die Arbeitsplätze bei Kali + Salz, die drohenden finanziellen Strafen müssten durch die Steuerzahler bezahlt werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Die Landtagsabgeordneten Christina Weng und Angela Lück wollen eine Stellungnahme der NRW Landesregierung zu der Weserversalzung einfordern.